

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Sozialdemokratie und sozialer Fortschritt

Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zieht ihre Kreise wie ein ins Wasser geworfener Stein. Oben fing es an und frist immer weiter nach unten. Ein heftiges Gllr und Wider schallt aus den zahllosen Kundgebungen der Parteioorganisationen im Lande. Was der eine anbetet, verdammt der andere. Dazu eine immer heftiger werdende Auseinandersetzung in der sozialdemokratischen Parteipresse, kurz der Arbeiter und die gegenseitigen Vorwürfe können eine Klärung kaum mehr erfahren.

Aber noch ist die Parteieinheit formell nicht zertrümmert. Aber auch dazu sind bereits Ansätze vorhanden. Sondergruppen erheben bereits eigene Beiträge, der Parteivorstand wehrt sich in einem besondern Ausmaß gegen die Aufforderung aus der radikalen Minderheit, seine Parteibeiträge mehr an den letzten Parteivorstand abzuführen. Trotzdem ist bereits an verschiedenen Stellen ein dahingehender Beschluß gefaßt worden. Auch zur Gründung und dem Ausbau besonderer Prekunternehmungen ist es gekommen. Ein Parteitag soll darüber entscheiden, wer von beiden, Mehrheit oder Minderheit im Recht oder Unrecht war. Man kann bald bezweifeln, ob es noch dahin kommt, jedenfalls ist eine Entscheidung keine leichte Sache. Denn jeder der Streitenden beruft sich auf die Parteidogmen, und jeder führt Zeugnisse der Begründer und der alten Führer der Partei für seine Anschauung ins Feld. Und wenn jetzt schon eine Minderheit in der Fraktion sich der Mehrheit nicht unterwirft, sondern eine eigene Fraktion bildet, wird der auf dem Parteitage eine unterliegende Teil nicht dann ebenso handeln? Ein fauler Kompromiß kann die bestehenden Gegensätze kaum überbrücken.

Es ist ein tragisches Schicksal, das die größte politische Partei Deutschlands in dem größten historischen Augenblicke der Weltgeschichte bietet.

Aber was interessiert uns, was aus der Sozialdemokratie wird, wie sie sich selbst zerfleischt und auseinander sprengt. Hat sie uns bisher nicht in leidenschaftlichster Art bekämpft und uns Steine in den Weg gewälzt, wo sie konnte? Trennt nicht eine Welt von ihr, und sollen wir nicht Freude empfinden darüber, daß sie an ihrer nach unserer Auffassung inneren Haltlosigkeit und Gegensätzlichkeit zu Grunde geht?

So denken wir nicht. Es berührt auch uns, daß in diesem weltgeschichtlichen Augenblicke die Partei, die sich durchweg aus Angehörigen der Arbeiterklasse zusammensetzt, sich selbst zerfleischt. Und zwar aus dem Grunde, ob man dem Vaterlande das geben soll, was es benötigt, um sich seiner zahlreichen Feinde zu erwehren und einen Frieden zu erringen, wie er den Interessen des gesamten deutschen Volkes entspricht. Als Klassengenossen empfinden wir diese Tragik, aber auch, wie dadurch der Einfluß der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands bei der zukünftigen Neuordnung der außer- und innerpolitischen Verhältnisse empfindlich geschwächt wird. Es droht sich die alte Erscheinung der bewußten Ausschaltung des organisatorisch größten Teiles der deutschen Arbeiterklasse bei der wichtigsten Neuordnung der Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu wiederholen. Naturgemäß wird damit der Einfluß der gesamten Arbeiterschaft erheblich geschwächt.

Ohne Zweifel hat die Haltung der Sozialdemokratie vor dem Kriege unsere Gegner zum Angriff auf Deutschland ermutigt. Diese Haltung bildete eine feste Größe in ihrer Berechnung. Der Ausbruch innerer Unruhen sollte die Niederlage Deutschlands beschleunigen. Es ist anders gekommen. Blut ist wider als Wasser, und es gibt ein Moment, wo nicht die Vernünftigen, sondern die Befahenden Elemente die Oberhand gewinnen. Gegen eine Volksströmung wie im August 1914 anzukämpfen, gehört zu den unmöglichen Dingen. Was hatten uns aber auch die angreifenden Gegner zu bringen oder zu bieten? Vom Arbeiter wie vom deutschen Staatsbürgergedanken nichts und von sozialdemokratischen Zukunftszielen erst recht nichts. Das autokratische und barbarische Rußland wollen wir vollends beiseite lassen, aber auch in den „demokrati-

schon“ Staaten Frankreich und England genießt der Kapitalismus, dieser nach sozialdemokratischer Lehre größte Feind der Menschheit, größere Freiheiten wie in Deutschland. Wir haben ihm weit größere Schranken gezogen durch unsere soziale Gesetzgebung und ihm Pflichten auferlegt durch unsere soziale Versicherung. In keinem Lande der Welt sind gleich große Eingriffe erfolgt. Mit Kriegsausbruch nun gewann der Kapitalismus, so wie er sich in unserem Wirtschaftsleben, in unserer Industrie, im Gewerbe und Handel verkörpert, selbst für die Sozialdemokratie ein anderes Gesicht. Und sie setzte sich plötzlich, wenn auch unausgesprochen, aber doch tatsächlich für dessen Erhaltung ein, weil ihr die Erkenntnis aufdämmerte, daß auch die materielle Wohlfahrt der Arbeiterklasse hiervon abhängig sei.

Diese Haltung der sozialdemokratischen Partei bildete eine unangenehme Überraschung für unsere Gegner. Wenn nun aber ein Teil der Partei zu seiner früheren verneinenden Stellung zurückkehrt, so bildet dies Gefahren nach zwei Richtungen: nach außen und nach innen.

Unsere Feinde horchten erstent auf, als die Opposition Viehnechts immer rasender wurde und als er mehr und mehr Anhänger gewann. Erst recht hat ihnen die Neubildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft Freude bereitet, weil sie in ihr den Feind erblickten, der sich in die Einigkeit des deutschen Volkes recht tief hineintreiben soll. Was sie auf dem Wege der Ausschüßung, dem Angebot halb und ganz wilder Hilfsbölker, der amerikanischen Munitionslieferung und der eigenen Waffen nicht zu erreichen vermochten, das erschaffen sie von der Hilfe der radikal-sozialdemokratischen Opposition. Zumindesten können sie damit die Hoffnung ihrer Böller neu beleben und ihre Ausdauer weiter anspornen. Letzteres haben sie ganz besonders nötig, weil die der Masse immer und immer wieder verheißenen Siege nicht kommen wollen. Die Vertreibung der deutschen Heere aus Nordfrankreich und Belgien ist schon so oft angekündigt worden, und immer noch stehen sie dort. Im Gegenteile! Das deutsche Heer, das nach dem Urteil unserer Feinde längst den Höhepunkt seiner Macht überschritten haben sollte, geht seinerseits zur Offensive über und bedroht den Kapfeiler der französischen Front, die Festung Verdun, aufs schwerste. Die uns angekündigte allgemeine Frühjahrsoffensive ist dadurch zunichte geworden. Frankreich hat sich derart bei Verdun opfern müssen, daß an eine Frühjahrsoffensive bei ihm nicht mehr zu denken ist. Hinter unserer Armee aber stehen die gewaltigen Kriegserfolge des verflorenen Jahres. Kein Wunder, wenn die Volksmassen in den gegnerischen Ländern nervös und ungeduldig werden. Wie hochwollkommen den feindlichen Staatsmännern das Vorgehen der Haase-Viehnecht usw. gewesen sein muß, kann man sich leicht ausmalen. Mit dem Hinweis hierauf konnten sie ihre ungeduligen Böller beruhigen und ihnen neue Hoffnungen vorgaukeln.

Das bedeutet natürlich, daß der Krieg dadurch verlängert wird und um so mehr Opfer fordert. Das ist die beklagenswerteste Seite des ganzen Streites.

Und nun zur anderen Seite. Wir sind alle tief durchdrungen davon, daß die Zeit nach dem Kriege wichtige politische und soziale Neuerungen bringen muß. Dem Arbeiterstand muß ein größerer Einfluß in Staat und Gemeinde eingeräumt werden, seine Rechte müssen erweitert und sichergestellt, das gesamte Arbeiterrecht muß organisch neu gegliedert und erweitert werden. Wir haben diese Notwendigkeit nie so sehr empfunden wie während der Zeit des Krieges. Während alle Berufsstände des Reiches ihre Interessen durch ihre gesetzlichen Organisationen, wie Landwirtschafts- und Handelskammern, vertreten lassen konnten, hinter denen dann noch ihre freien Berufsorganisationen standen, fehlte dem Arbeiterstand jede legitime Vertretung. Das hat sich insbesondere in der Ernährungsfrage von größtem Nachteil für die Arbeiter erwiesen, und es hat vieler Mühe bedurft, bis sie sich Schörs verschaffen konnten und sie hier und da zur Mitarbeit herangezogen wurden. Unsere sowieso nur auf den Produzentenstandpunkt eingestellte Wirtschaftspolitik bedurfte ganz besonders während des Krieges ein starkes Gegengewicht gegen die mächtigen Inter-

essententreise. In unseren beiden größten deutschen Bundesstaaten herrscht eine agrarische Mehrheit, diejenige in Preußen hat noch ihren starken Rückhalt im preussischen Landwirtschaftsministerium. In Preußen ist dank des Dreiklassenwahlrechts in Staat und Gemeinden der Arbeiterstand fast ganz ausgeschaltet. In den Einzelstaaten eine agrarische und in den Kommunen eine aus Handelskreisen, Hausbesitzern und selbständigen Gewerbetreibenden zusammengesetzte Mehrheit. Wo soll da der Einfluß der Arbeiter, dieser größten Verbraucherschicht, genügend zur Geltung kommen? Der Widerstand dieser Interessententreise hat die heutige Leuerung erst in vollem Umfang ermöglicht und die notwendigen Maßnahmen entweder verhindert oder verwässert und sie so lange hinauszuschieben verstanden, bis eine volle Wirkung nicht mehr zu gewärtigen drohte.

Soll auch nach dem Kriege eine ähnliche einseitige Produzentenpolitik geführt werden? Wir werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, daß dies verhindert wird.

All den Streifen, denen ein größerer Einfluß der Arbeiterschaft als ein Uebel und als eine Bedrohung ihrer eigenen Interessen erscheint, die mit Mißbehagen die Ankündigung der preussischen Thronrede bernommen haben, die den gegenwärtigen Versöhnungskurs unserer inneren Politik und die weite Heranziehung der Gewerkschaften zur Lösung von Kriegsnotwendigkeiten nur mit innerem Widerstreben verfolgen, denen erscheint die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und ihr Tun, ferner Reden wie im preussischen Landtag geradezu als ein Gottesgeschick. Davon erhoffen sie ein Befolgen ihrer Geschäfte, besser als sie es selbst vermöchten. Hier liegt die Gefahr und der Angelpunkt für den sozialen Fortschritt nach dem Kriege.

Daher kommt es darauf an, ob die heutige Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion auch in der Partei die Mehrheit zu erringen weiß und den sich jetzt geltend machenden Radikalismus auf ein Minimum herabzubringen in der Lage ist. Leider scheint das nach den Kundgebungen aus dem Lande nicht der Fall zu sein, und damit wächst die Gefahr, daß auch die heutige Mehrheit weiter nach links getrieben wird, als wie sie selbst möchte. Die Gefahr der früheren Unfruchtbarkeit rückt damit in begreifliche Nähe, und die Scharfmacher aller Richtungen triumphieren.

Wir wissen, daß uns auch von einer Sozialdemokratie, die eine andere Distanz zur Nation, zur Monarchie, zu unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewinnt, noch eine unüberbrückbare Kluft trennt. Zwei gegensätzliche Weltanschauungen können nicht miteinander verbunden werden. Aber in einer Reihe praktischer Fragen würde ein Zusammengehen leichter sein, bei Fragen wie oben angedeutet, könnte das gesamte Gewicht der Arbeiterschaft in die Wagschale geworfen werden. Fällt die Sozialdemokratie in ihre Verneinungspolitik wieder zurück, wird dieses zur Unmöglichkeit gemacht.

Die Zukunft steht vor uns, Freiheit und Tod in den Händen tragend. Wir haben zu wählen. Die christlich-nationale Arbeiterschaft hat gewählt, sie wird wie bisher nicht utopischen Zielen nachjagen, sondern vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus die Interessen des Arbeiterstandes in kraftvoller Gegenwartsarbeit verfolgen.

### Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften

Der Ausschuß des Gesamtverbandes hat seinen Bericht über das Jahr 1915 veröffentlicht. Er betont einleitend, daß ein überaus reiches Arbeitsfeld vorgelegen habe, das zu bewältigen infolge der Kriegsverhältnisse nicht leicht war.

Kriegsfragen, so führt der Bericht aus, sind Fragen der Allgemeinheit. Sie führen eine gewisse Gleichmäßigkeit im Leben und Streben, Denken und Handeln herbei.

Denkmal-Gegenstände stehen im Vordergrund. Eine Organisationsbewegung, wie die der Gewerkschaften, tritt daher mehr als sonst als geschlossene Körperschaft auf den Plan, um zu den schwebenden Fragen Stellung zu nehmen und zu handeln. Wir sehen denn auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit immer aufs neue wieder mit den die Allgemeinheit betreffenden Fragen beschäftigt. Vor allem mit dem in der belagerten Festung Deutschland wichtigsten Gegenstand: der Lebensmittellieferung. Das ist nur natürlich, denn die Arbeiterbevölkerung ist infolge ihrer ganzen Stellung der am meisten bedrohte Teil des Volksganges. Manche behördlichen Maßnahmen und Unterklassungen zeugen von einer feststehenden Verkennung gerade dieses Zusammenhangs. Wie hätte sonst die Kartoffelnot entstehen können! Gerade auf diesem Gebiete war denn auch das Eingreifen der Bewegung von besonderem Nachdruck. Doch wurden auch die sonstigen Bestandteile des Lebensbedarfs nicht vernachlässigt. Das Eingreifen geschah niemals willkürlich und aufs Geratewohl, sondern immer nach bestimmtem Plan: im geeigneten Augenblick eine gut begründete und mit überzeugendem Material belegte Eingabe, und dann ein einheitliches Vorgehen der Bewegung in bestimmter Richtung auf der ganzen Linie. Es konnte so wiederholten Malen in unserer Presse der unmittelbare Erfolg des Vorgehens festgestellt werden. Inzwischen haben, durch die christlichen Gewerkschaften veranlaßt, die verschiedenen Gruppen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, wie im vorigen Frühjahr für 1915/16, auch für das Wirtschaftsjahr 1916/17 Richtlinien für die planmäßige Benutzung der diesjährigen Ernte aufgestellt, die demnächst den zuständigen Stellen zugehen.

Scharfe Worte fand die Bewegung wiederholt gegen den Wucher mit den notwendigsten Bedarfsmitteln. Es gibt wohl keine Frage, bei der sich so klar zeigt, daß gegen die guten Sitten verstößendes Verfahren und volkswirtschaftliche Schädigung gleichbedeutend sind. Die Gewerkschaften haben gerade auf diesem Gebiete ein besonderes Recht, mitzusprechen. Im Gegensatz zu England haben die Gewerkschaften in Deutschland das Menschenmögliche dazu beigetragen, zu angemessenen Bedingungen Güter auf den Markt zu bringen. Sie sind der heimischen Produktion nicht nur zu keiner Zeit während des Krieges hinderlich geworden, sondern sie haben sie nach besten Kräften gefördert. Als der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter seinen Kassenbericht für 1915 veröffentlichte, bestätigte ihm sogar ein Blatt, wie die „Kreuzzeitung“:

„Das Lob kann man der deutschen Bergarbeiter-schaft nicht vorenthalten, daß sie, gegenüber den englischen Arbeitern, die den Krieg benutzten, durch zahlreiche Streiks und Lohnbewegungen Sonderprivilegien zu erreichen, durch Fleiß und Anpassungsfähigkeit einen wesentlichen Anteil haben an der Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens.“

Eine solche vorurteilslose Einstellung des Arbeiterverhaltens auf die nationalen Bedürfnisse ist natürlich nicht das Ergebnis einer Augenblicksbeeinflussung. Sie setzt vielmehr eine nicht nur jahre-, sondern jahrzehntelange ernste Schulung voraus. Das jetzige Verhalten der deutschen Gewerkschaften kann einer Frucht verglichen werden, die in den Jahrzehnten der Tätigkeit der oft verläumdeten, noch öfter verbücherten „Streitgewerkschaften“

herangereift ist. Wenn man in seiner Ehrlichkeit wenigstens so weit gehen wollte, auch das anzuerkennen und — für die Zukunft die rechten Folgerungen daraus zu ziehen!

Gelegenheit zu letzterem ist auch im Kriege reichlich gegeben. Bedeutende Kriegsfragen knüpfen nämlich in vieler Beziehung unmittelbar an spätere Friedensfragen an. Für viele Zweige der Kriegsbeschädigtenfürsorge trifft das in besonders starkem Maße zu. Berufsberatung und Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten sind Gegenstände, die ohne die sachkundige Hilfe der Gewerkschaften gar nicht durchschlagend zu erledigen sind. Nun sind aber ernste, systematische Vermittlungen von Arbeitgeberverbandsseite festzustellen, die Gewerkschaften von der Arbeitsvermittlung für die Kriegsbeschädigten auszuschließen. Mag man den wahren Grund dafür noch so sehr zu verschleiern suchen: es liegen genügend Belege vor, daß man die gewerkschaftliche Anteilnahme von der Lohnbestimmung für die Kriegsbeschädigten ausschließen wollte. Es hat eines förmlichen Presseselbstzuges bedurft, um die Öffentlichkeit auf die Tatsache hinzuweisen, daß man mit allerlei Verbrümmungen sich die ungestörte Ausbeutungsmöglichkeit gegenüber den Kriegsoffizieren sichern wollte. Unter dem furchtbaren Kriegsdruck konnte der öffentliche Aufsturm wenigstens für jetzt jene Bestrebungen zurückdrängen. Wie aber, wenn der Kriegsdruck nach Wiederherstellung des Friedens nicht mehr so unmittelbar wirkt? Dann besteht nur unter der Voraussetzung die Gewähr für die angemessene Behandlung der Kriegsbeschädigten auf den Arbeitsplätzen, daß diese in den Gewerkschaften eine Stütze haben.

Die Gewerkschaften haben insofern bereits wirksame Vorbereitungen in diesem Sinne getroffen, als sie die Behandlung der Kriegsbeschädigten zu einem eigenen Teil der Tarifverträge zu machen suchten. Betsch, so namentlich im Holzgewerbe, ist das bereits gelungen. Unter diesen Umständen ist es besonders beklagenswert, daß, nachdem im Malergewerbe eine umfassende Tariferneuerung gelang und auch im Buchdruckgewerbe eine Regelung zustande kam, im Schneider- und dann vor allem im Baugewerbe sich Schwierigkeiten ergeben haben. Im Baugewerbe rechnet man bereits mit einer Zeit der Tariflosigkeit. Es ist geradezu erstaunlich, daß, nachdem man eben noch der Reichsregierung in ihrer Erklärung von der Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften zugestimmt, die große Öffentlichkeit die Ereignisse in dem volkswirtschaftlich so wichtigen Baugewerbe so ruhig hingenommen hat. Ja, manche große Tageszeitungen dankten dem Bauarbeiterbunde, der den Arbeitern „aus eigenem“ eine Teuerungszulage bewilligte, dies als eine große vaterländische Tat. Das ist ein erschreckender Beweis für die Oberflächlichkeit, mit der der Durchschnittsbürger diesen gewerbepolitischen Fragen gegenübersteht. In Wirklichkeit bedeutet doch das Vorgehen des Arbeitgeberbundes nicht mehr und nicht weniger, als den Versuch zur Sprengung der Tarifgemeinschaft und der Gewerkschaftsorganisation. Es wird des ganzen Kräfteaufgebots der organisierten Arbeiterschaft bedürfen, um diesen zersetzenden Tendenzen Halt zu gebieten. Dann aber werden wenigstens die Redakteure unserer größten Zeitungen einmal zu der volkswirtschaftlichen Erkenntnis kommen, daß die selbst-

ständige Arbeiterbewegung nicht in unzureichenden Lohnzugeständnissen ihr Ziel sieht, sondern in einer volkswirtschaftlich überaus wünschenswerten Neuordnung der gewerbepolitischen Beziehungen! In den Arbeitermassen ist der letztere Gedanke mühsam zum Leben erweckt worden. Gerade der Krieg hat da bedeutsamste Erkenntnisse reifen lassen. Soll nun das alles durch eine raffiniert vorgehende Arbeitgeberorganisation unbehelligt aufs Spiel gesetzt werden können?

Die Behörden haben glücklicherweise etwas mehr Verständnis an den Tag gelegt: Schon daß die Reichsregierung sich um die Wiedererneuerung der Tarifverträge bemühte, war grundsätzlich wichtig. Nicht minder daß bei der Vergütung von Heereslieferungen mit den betreffenden Arbeitgebern unabhängige Mindestlöhne festgesetzt wurden. Sozialpolitisches Verständnis legten namentlich manche Generalkommandos an den Tag. Zu diesem Zusammenhang verdient insbesondere die Regelung von Heimarbeitslöhnen Erwähnung. Umso mehr, als dadurch vielfach die gefehlich sozusagen noch in der Luft hängende Frage der Errichtung von Sachausschüssen praktisch gelöst wurde, so daß von hier aus wirksame Vorstöße zu einer endlichen allgemeinen Verwirklichung der alten Forderungen der Heimarbeiter unternommen werden können. Dieses ganze Gebiet hat durch den Krieg an Bedeutung gewaltig zugenommen. Die Kriegsbeschädigten treiben viele ehemalige Vollarbeiter, der Verlust des Mannes oder des Ernährers zahllose Frauen und Mädchen in die Heimarbeit. Wird da nicht von vornherein für eine gesunde Grundlage der künftigen Verhältnisse gesorgt, dann gehen wir auf dem Arbeitsmarkte den verhängnisvollsten Beunruhigungen entgegen. Die christlichen Gewerkschaften beobachten unter diesem Gesichtswinkel mit besonderem Interesse das unablässige Wachstum des ihnen angeschlossenen Gewerkschaften der Heimarbeiterinnen und seine erfolgreiche Tätigkeit.

(Fortsetzung folgt.)

**Allgemeines**

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Jos. Dröble**, Mitglied der Verwaltungsstelle Remscheid; **Jakob Fialer**, Mitglied der Zahlstelle Andernach a. Rh.; **Heinrich Neuner**, Mitglied der Zahlstelle Oberfortsbach; Unteroffizier **Johann Kirchgeßner** und **Wendelin Henz**, beide Mitglieder der Zahlstelle Bettingen; **Fritz Auberz** aus Ahr.-Eguth, Mitglied der Verwaltungsstelle Kreuzburg. Zum etatmäßigen Feldwebel befördert wurde Kollege **Cruft Striezel**, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin, Maurer. Unfern Glückwunsch.

Die **Deutsche Volksversicherung A.-G. in Berlin** hat im zweiten Kriegsjahre eine beachtenswerte Vergrößerung ihres Versicherungsbestandes erzielt. Es betrug in runden Zahlen der Neuzugang 32 000 Versicherungen mit 11,6 Millionen Mark Versicherungssumme, der Abgang 3700 Versicherungen mit 1,6 Millionen Mark Versicherungssumme; der Versicherungsbestand hat sich hiernach im Jahre 1915 um 28 300 Versicherungen mit 10 Millionen Mark Versicherungssumme erhöht. Die Prämieineinnahme ist 1915 mit Einschluß der Kriegesversicherung auf 1 361 000 M (gegen 834 000 M in 1914),

Och wohl, du gute alte Zeit  
In Kopf und Zippelhaube,  
So sehr es auch um manches leid,  
Was starb an Furcht und Glaube,  
Dein sorgenloses Angeficht,  
Dein lächelndes Behagen  
Kam zu dem harten Heute nicht,  
Da rings die Schrote ragen. —

Dem heute bräut der Lebenskampf,  
Die Sturmsanfaren ringen,  
Vorau, es gilt mit Blitz und Dampf  
Die Erde zu erringen!  
Das Wollen rauscht im Fahnenbuch,  
Die Stumpfsheit wich der Stärke,  
Dein Ziel liegt heute fern genug, —  
Vorau, vom Wort zum Werk! —  
Clemens Wagner

**Portugal**

Wenig wie Spanien hat auch Portugal in früheren Zeiten nach dem Beispiel der Krebter lange unter der Herrschaft des Islam gestanden. Erst im Jahr 1147 wurde bei der Schlacht über der Fingische Halbinsel getrieben, bis endlich eine Vertreibung erfolgte. Die geschichtliche Entwicklung Spaniens und Portugals ist bis zum 11. Jahrhundert eine einheitliche gewesen. Erst dann trat ein Bruch ein, als die Katholiken des heutigen nördlichen Portugal, der Kräfte der Kastilien, die den ganzen Lande beherrschten, sich unabhängig machten. Die Unabhängigkeit Portugals wurde im Jahr 1143, nach dem Vertrag von Zamora, durch die eigentliche Erklärung

Portugals. Jedoch nach Aussterben des aus Burgund stammenden Herrscherhauses fiel Portugal nach kurzem Zwischenraume 1580 wieder an Spanien, mit dem es, als dessen Provinz, 60 Jahre lang, bis 1640, verbunden blieb. Nach einem Aufstande am 1. Dezember 1640 erklärte sich Portugal von neuem für unabhängig von Spanien. Am 1. Februar 1640 wurden bekanntlich König Carlos und der Kronprinz in Lissabon ermordet und der jüngere Prinz Manuel leicht verwundet, worauf am 4. Oktober 1640 die monarchische Staatsform überhaupt beseitigt und durch die republikanische ersetzt wurde. Seit der Einführung der Republik haben die Unruhen in Portugal kein Ende gefunden; statt der angeforderten Ordnung und Freiheit trat ein wildes Durcheinander ein, und infolge der brutalen Maßnahmen hat sich Portugal in der ganzen Welt den Namen einer „Schandrepublik“ erworben.

Die langgestreckte Meereslage brachte es mit sich, daß die Portugiesen sich schon früh zu einem unternehmungslustigen Seeweise entwickelten und weite Forschungsreisen unternommen wurden. Das kleine Küsternland wurde bald zu einer Seemacht ersten Ranges, welche beinahe ein Jahrhundert lang allen Seemächten der Welt gegenüber ihre Großmachtstellung behaupten konnte. Die Hauptstützzeit Portugals fällt in das 15. Jahrhundert. Niege Kolonialgebiete, darunter besonders Brasilien und Indien, fanden damals unter portugiesischer Herrschaft. In der Zeit der Verlor über Portugal wieder den größten Teil seines Kolonialreiches, und zwar wurden hauptsächlich England, Frankreich und Holland seine Erben. Im Jahr 1822 erklärte sich auch die wichtigste portugiesische Kolonie Brasilien für unabhängig. Heute heißt Portugal noch ein Kolonialgebiet im Besitze von 21 Millionen Quadratkilometern mit 9,6 Millionen Einwohnern. Die Kolonien unterliegen dem Mutterland nach demselben Maßstab wie das Mutterland nach demselben Maßstab.

nach Bevölkerung um das 1,32fache, stehen nach Größe an vierter, nach Bevölkerung an siebenter Stelle unter denen der Kolonialmächte.

Die portugiesische Republik zählt zurzeit gegen sechs Millionen Bewohner und ist mit ihren 66 Einwohnern auf den Quadratkilometer stärker bevölkert als das benachbarte Spanien, welches durchschnittlich nur 37 Einwohner auf den Quadratkilometer zählt. Ebenso wie das politische liegt auch das wirtschaftliche Leben in Portugal sehr im Argen. Sowohl die Landwirtschaft wie auch die Industrie sind sehr zurückgeblieben. Die portugiesische Landwirtschaft vermag den Lebensbedarf der Bevölkerung nicht zu decken. Die jährliche Weizen- und Weizenfuhr schwankt zwischen 1—2 Millionen Doppelzentner. Die Industrie in Portugal wird durch das handelspolitische Verhältnis zu England, das allen Grund hat, sich dieses bequeme Absatzgebiet zu sichern, stark beeinträchtigt. Das Haupterzeugnis des Landes ist der Wein (Portwein, Madeira). Daneben bilden die Korkeichenwälder die bedeutendste Einnahmequelle, da ziemlich große Mengen von Kork und Korkwaren ausgeführt werden.

Von jeher ist Portugal der Sklave Englands gewesen und sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung von England ständig am Gängelbande gehalten worden. Ein schwaches und kleines Portugal ist von England stets als Stütze seiner Herrschaft betrachtet worden. Angefichts dieser vollständigen Abhängigkeit von England konnte man von einer eigentlichen Selbstständigkeit Portugals kaum mehr reden. Nur so kann man es sich auch erklären, daß das arme Portugal in einem Augenblicke, als das siegreiche Deutschland auf der Höhe unerreichter militärischer Erfolge stand, kriegerische Verwicklungen mit Deutschland herauszufordern. Portugal wird es jedoch erfahren müssen, was es heißt, sein Schicksal mit dem Englands verknüpft zu haben.

also um 63 Prozent, und ohne Einschluß der Kriegsversicherung auf rund 920 000 M (gegen 592 000 M 1914), also um 55 Prozent gestiegen. Gesunken sind dagegen im Vergleich zum Vorjahre die Ausgaben für Provisionen um 55 Prozent und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Einrichtung und Organisation um 49 Prozent. Die Ausgaben für Sterbefälle haben sich trotz des Krieges innerhalb der Grenzen der hierfür verfügbaren Mittel gehalten. Die übrigen Zahlen konnten (infolge der zahlreichen Einberufungen) noch nicht endgültig festgestellt werden.

**Der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen** hat während des Krieges eine recht segensreiche Tätigkeit entfaltet. Bei Ausbruch des Krieges standen die Heimarbeiterinnen zum größten Teile arbeits- und brotlos da. Dem Gewerbeverein gelang es, die Arbeitsbeschaffung so zu organisieren, daß diesen Verarmten der Armen wirksam geholfen werden konnte. Auch war es ihm möglich, die Löhne der Heimarbeiterinnen gegen Herabsetzung zu schützen und für die Militärverträge auskömmliche Löhne zu erwirken. Eine weitere Hauptaufgabe des Gewerbevereins war die Wiedereinführung der Krankenversicherung für die Heimarbeiterinnen, die durch das Notgesetz vom 1. August 1914 aufgehoben war. Steigend mit der zunehmenden Teuerung wurde der gemeinsame Einkauf von Lebensmitteln, Seife, Nähgarn usw. ausgebaut, Aufklärung über die zweckmäßige Führung des Haushalts geschaffen. Der Verkauf von Liebesgaben und das Sammeln von Gold wurde organisiert, wie auch der Gewerbeverein überall dabel war, wo es galt, die Erhaltung und Wahrung unserer Volkskraft zu sichern, die Stimmung im Lande und bei unseren Feldgrauen im Sinne des Durchhaltens zu beeinflussen. Diese Kriegskriegsarbeit hat sich auch nach der organisatorischen Seite hin für den Gewerbeverein gelohnt. Die Zahl der Mitglieder ist seit Kriegsbeginn von 8780 in 83 Ortsgruppen auf 12 915 in 92 Ortsgruppen gestiegen. Auch finanziell steht der Gewerbeverein mit einem Kasienbestand von 61 687 M günstig da. Die schönsten Benutzungen werden aber seine bewährten Führerinnen und alle, die an diesen Erfolgen mitgearbeitet haben, darin finden, daß auf den Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen das Wort paßt, daß eine große Zeit in ihm kein kleines Geschlecht gefunden hat.

**„Ausländischer“ Käse.** Aus Frankfurt a. O. Ober wird der Verbrauchswirtschaft mitgeteilt: Wie überall, so gibt es auch hier noch Einführung von Höchstpreisen nur noch „ausländischen“ Käse um nur den wenig glaubhaften Bedauptungen der Händler auf den Grund zu gehen, nach dem die Produktion in Deutschland eingestellt sei, wurde von Konsumentenseite eine Anfrage an die Lieferanten in Leipzig (Möck) gerichtet. Die Antwort ist ein vernichtendes Urteil für die eigentümlichen Interessenten: Drei hiesige große Firmen haben regelmäßig vom Ausland ihre Lieferung erhalten! — Es ergibt sich hieraus die Notwendigkeit, daß die Behörden auch den Verkauf der Fabriken von Käse und sonstigen vom Markte verschwundenen Erzeugnisse scharf überwachen.

**Die Erzeugung der wichtigsten industriellen Rohstoffe.** Von der Steinkohlenerzeugung entspielen auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika 40 Prozent, auf England 25 Prozent, auf Deutschland 20 Prozent, auf Frankreich 3,7 Prozent, auf Belgien 2,1 Prozent, auf Oesterreich-Ungarn 1,5 Prozent. Diese Länder erzeugen also gegen 90 Prozent der Gesamtproduktion. Der Rest entfällt hauptsächlich auf Japan, Britisch-Indien, Australien und Kanada. — Bei der Gewinnung von Eisenerzen entspielen auf die Vereinigten Staaten zwei Siebtel, auf Deutschland ein Fünftel, auf England ein Sechstel. Außerdem produzierten Spanien, Frankreich, Rußland, Schweden, Oesterreich-Ungarn und Belgien größere Mengen. — Bei der Produktion von Nohelisen erzeugen die Vereinigten Staaten 42 Prozent, Deutschland 20 Prozent, England 15,4 Prozent. Der Anteil dieser drei Länder an der Roheisenproduktion ist größer als derjenige an der Erzförderung, weil sie neben den heimischen auch noch ausländische Erze verarbeiten. An der Stahlproduktion sind die genannten Länder mit 46,4, 23,6 und 13 Prozent beteiligt. — Bei der Gewinnung von Kupfer entfällt über die Hälfte auf die Vereinigten Staaten. In weitem Abstand nach diesem Hauptproduktionsgebiet kommen (mit Produktionsstätten von 1/16—1/37) Mexiko, Spanien, Japan, Australien, Chile, Deutschland und Kanada. — Von der Baumwollenernte kommen auf die Vereinigten Staaten (Süden) über 55 Prozent, auf Indien 27 Prozent, auf Ägypten 3,4 Prozent. Nennenswerter Baumwollenanbau wird außerdem noch in Rußisch-Zentralasien, China Brasilien betrieben.

**Milchsperrre gegen einen Konsumentenvertreter.** Auf eine im Kriege neue und doch alte, an Wablzeiten erinnernde Methode zur Bekämpfung unbequemer Gegner sind die Milchinteressenten in Zell im Wiesental (Waden) verfallen. Ihr Versuch, den Milchpreis von 24 auf 26 Pf. zu schrauben, scheiterte an dem Widerstand der Vertreter des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen, die nur für 25 Pf. zu haben waren. Dementprechend wurde in der Preisprüfungsstelle beschlossen. Am anderen Tage erhielt der Vorsitzende der Verbrauchervereinigung von seiner bisherigen Milchlieferanten, der Kondfrau Zimmermann, bereits die Nachricht, daß er keine Milch mehr bekommen könne. Ganze vier Wochen hindurch hat er trotz seiner vier Kinder tatsächlich auch fast keine Milch erhalten. Es handelt sich also um eine offensichtliche Maßregelung eines pflichtgetreuen Preisprüfers. Wegen derartige Interessentenmaßnahmen sollten die Behörden die gleichen Mittel anwenden, wie sie die vielen sonstigen Verstoße der Interessenten wider die

**Zur Beachtung! Sonntag, den 7. Mai ist der 10. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.**

guten Sitten. Die Staatsautorität und das Gesamtwohl, nicht der Eigennutz einzelner ist das höchste Gesetz!

**Ein Bremsenlaß an die Nahrungsmittelprüfer.** Im Gegensatz zu der in Bürgerrecht und Regierung vorgehenden Auffassung über die Notwendigkeit entschleunigter Beaufsichtigung des Lebensmittelhandels zum Schutze gegen die Verwucherung der Verbraucher hält es der Magistrat von Neutöln für angezeigt, den Eifer der Mitglieder seiner Kontrollkommissionen durch folgenden Erlaß zu bremsen: Preisprüfungsstelle. Neutöln, den 28. März 1916.

Es sind in der letzten Zeit mehrfach Beschwerden über die Art der durch die Mitglieder der Kontrollkommissionen vorgenommenen Revisionen zu uns gelangt. Wenn ja auch außer jedem Zweifel steht, daß die Mitglieder bei Ausübung ihrer Tätigkeit allein von dem Bestreben geleitet wurden, im Interesse der Lebensmittelversorgung ihr Bestes zu tun, so möchten wir doch bitten, sich stets klar zu sein, daß die Kontrollen nicht Selbstzweck sind, sondern das Endziel der Tätigkeit der Kommission stets sein muß, die in der Natur der Verhältnisse gelegenen Interessengegenstände, die zwischen den Geschäftsinhabern und dem nahrungsmittelheischenden Publikum bestehen, in friedlicher Weise möglichst auszugleichen. Es muß in allererster Linie alles geschehen, um bei dem Publikum durch Lebensmittelknappheit hervorgerufenen Nervosität zu feuern. Es wird sich daher empfehlen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zwischen beiden Seiten zu vermitteln, jedenfalls aber zu vermeiden, den Geschäftsinhabern in Gegenwart des Publikums Vorhaltungen zu machen. Auch dürfte die Vornahme der Kontrollen nach vorhandenen Umständen einzuschränken sein. Eine Reservierung von vorausbestelltem und vorausbezahlten Waren, wenn sie in möglichem Umfange geschieht, ist durchaus zulässig und unbedenklich. Unzulässig ist dagegen namentlich ein Zurückhalten größerer Kosten von Waren in der Absicht durch das Zurückhalten derselben größere Verkaufspreise zu erzielen, und die Verweigerung von verkaufsförderer Ware. Hiergegen ist natürlich einzuschreiten, aber in ruhiger Weise, damit die Erregung im Publikum nicht noch verstärkt wird.

Hi schon die beim Berliner Magistrat bestehende Passivität gegenüber Anzeigen in Sachen des Nahrungsmittelwunders unliebsam aufgefallen, so erscheint die obige Aktivität in Neutöln erst recht unverständlich. Auf diese Weise können auch die besten Regierungsvorstellungen gegen den Wucher durchschlägt wer en. Unterdessen rüstet der vortierische Wochepresident und auch das Reichsamt des Innern die Wohnung an die Verb aucher, sich bei ungebührlich hoch eisehenden Preisen an die zuständigen Polizeiorgane um Gehül zu wenden.

**Jahresberichte der Bezirke**

**Bezirk Cöln.** Das Kriegsjahr 1915 war auch für die Organisation ein recht hartes. Durch das fortwährende starke Einziehen konnte ein weiterer Rückgang der Mitgliederzahl nicht verhindert werden, die Neuaufnahmen reichten zum Ausgleich nicht hin. — Die Bautätigkeit war allgemein gering. Die private Bautätigkeit stotie sozusagen vollständig. Für die nicht eingelegenen Bauarbeiter war indes dadurch genügend Beschäftigung, da die Fabriken, die für den Heeresbedarf arbeiten, starke Vergrößerungen und Umänderungen ihrer Anlagen vornehmen. Dadurch, daß auch ein großer Prozentsatz Bauarbeiter in anderen Berufen Beschäftigung genommen hat, war in mehreren Orten sogar Mangel an Bauarbeitern. Eine ganz besonders starke Nachfrage war für Hilfsarbeiter, weil gerade die Hilfsarbeiter prozentual recht stark zur Kriegsindustrie übergegangen sind. In den ländlichen Orten hat die Bautätigkeit fast vollständig geruht. Den Kollegen konnte die Organisation jedoch anderweitig Arbeit nachweisen. Maurer, Zementfacharbeiter und Hilfsarbeiter hätten weit mehr vermittelt werden können, als zur Verfügung standen. Anders dagegen war es in den Spezialberufen, vor allem bei den Stukkateuren und Pliecenlegern. Von ihnen haben viele einen anderen Beruf ergriffen müssen. — Die Agitation war nicht erfolgreich. Durch das stete Einziehen der örtlichen Vertrauensleute erforderte das Hochhalten der Ortsgruppen und das Weiterführen der Organisationsgeschäfte viel Aufmerksamkeit. Außer in Cöln und in Crefeld waren alle Kolalibureaus unbesezt. In Düsseldorf wurde der Kollege Kasteleiner am 5. Juni eingelesen, am 14. September mußte auch der Kollege Himmerich in Aachen sich stellen. Infolge besonderer Verhältnisse konnte Kollege Himmerich nach zweimonatlicher Dienstleistung die Organisationsgeschäfte wieder weiterführen. — Es muß lobend hervorgehoben werden, daß in den meisten Verwaltungs- und Zahlstellen die Vorstandsmglieder und Vertrauensleute sich sehr um das Hochhalten der Organisation bemüht haben. Diese Kollegen wissen, von welcher großer Bedeutung, sowohl jetzt als auch nach dem Kriege, eine einflussreiche Organisation ist. Auch muß dieses Zeugnis mehreren Frauen ausgesprochen werden. Von diesen Frauen werden die Verbandsgeschäfte recht pünktlich und gewissenhaft geführt. Die er Sichtseite steht leider auch die Hälfte der Schattenseite gegenüber, daß es eine gewisse Sorte früherer Gewerkschaftler gibt, die jedes Solidaritätsgedankens bar sind. So am Niederrhein, in Düren, im Siegerland und vereinzelt auch in anderen Gebieten. In auffälliger Weise haben sich solche Elemente auch bei den Erweiterungsarbeiten der Munitionsfabriken in Treisdorf und Siegenburg eingelesen. Hier wäre die

schönste Gelegenheit gewesen, viele neue Mitglieder der Organisation zuzuführen. Aber gerade diese Egoisten bilden das Hindernis. Sie glauben, sie persönlich müßten erst vier- und fünfmal mit dem eigenen Ich und den eigenen Interessen in Frage kommen und erst in ganz weiter Ferne, evtl. nach dem Kriege, könne wieder von der Organisation die Rede sein. Ein Egoist in Gestalt des Verbandsbeitrages mit beizufeuern für die Familien der eingelegenen Mitglieder, lehnen sie ab. „Laßt sie sehen, wie sie fertig werden, die haben es besser als wir“ und dergleichen Redensarten erlauben sich diese Rabatten unferen im Felde stehenden Kollegen und deren Familien gegenüber. Unsere heimkehrenden Kollegen werden sich dieses Verhalten merken. Wäre mit diesem Umstande nicht zu rechnen gewesen, dann hätte der Abgang der Mitglieder zum Militärdienst durch Neuaufnahmen wieder weit gemacht werden können. Aufgenommen wurden im I. Quartal 191, im II. 225, im III. 86, im IV. 38, insgesamt 540 Mitglieder. Verwaltungsstellen bestehen nach wie vor 14. — Vohnbewegungen bzw. Tarifbewegungen sind nur drei geführt. In Düsseldorf lief der Zimmerer-Tarif ab. Nach den zentralen Entscheidungen von 1913 mußte der Tarif mit 1 Pf. Lohnerhöhung im Sinne des Reichstarifvertrages erneuert werden. Der Düsseldorf Arbeiterverband verlangte die Einbeziehung der Zimmerer unter alle Ortsbestimmungen des Düsseldorf Tarifvertrages für das Hochbaugewerbe. Wir haben das abgelehnt, weil das erhebliche Nachteile für die Zimmerer bedeutete. Es hätte das bedeutet: 1. Eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit um 1/2 Stunde; 2. Abzug des Ueberanlagelohnes; 3. Einführung der Affordarbeit. Trotz dieser bedeutenden Verschlechterung und trotz der Tatsache, daß die Zimmermeister selbst nicht für eine Verlängerung der Arbeitszeit und Einführung der Affordarbeit waren, stimmte der Vorsitzende des Düsseldorf Tarifamtes dem Wunsche des Bauarbeiterverbandes zu. Um diese merkwürdige Entscheidung in etwas zu rechtfertigen, enthielt das offizielle Sitzungsprotokoll nicht die stimmungsmäßigen Ausführungen der Arbeitervertreter. Eine (schriftlich beantragte) Nichtbesetzung des Protokolls lehnte der Vorsitzende sogar mit der schriftlichen Mitteilung ab, daß die Vertreter des Bauarbeiterverbandes gegen die Aufnahme unserer Nichtbesetzung wären. Erreicht hat der Arbeiterverband sein Ziel nicht, denn die Verlängerung der Arbeitszeit wurde von den Zimmerern verweigert; der Tarif ist nicht zum Abschluß gekommen und gegen die Entscheidungen des Tarifamtes ist Berufung an das Haupttarifamt eingelegt. In Aachen wurde am Neubau des Rathauses für die Stukkateure und Pliecer eine Lohnerhöhung von 5 bis 10 Pf. erzielt. Im Bonner Stukkateurgewerbe lief ebenfalls der Tarifvertrag ab. Die Verhandlungen über die Erneuerung führten nicht zum Ziel. Zur Erneuerung des Vertrages ist es nicht gekommen. Nach dieser Zeit kommt ja auch wieder eine andere und dann werden die Unternehmer um so größere Zugeständnisse machen müssen. — Die in den bestehenden Tarifverträgen vorgesehene Lohnerhöhung von 1 Pf. pro Stunde ist im allgemeinen gezahlt. Nur die Firma Crotz & Linz in Aachen nach lehnte sich an die Tariffähigkeit nicht. Alles Auffordern half nichts. Die Firma steht auf dem Standpunkt, wie sie selbst erklärt, daß sie den Mehrlohn nur zahlt, wenn sie dazu gezwungen würde. Dazu war leider die Zeit nicht angetan. — Ueber die Zuneigung der sonstigen Tarifbestimmungen wurden viele Beschwerden geführt. Vor allem nutzen die Unternehmer die Zeitumstände aus, um sich vor der Bezahlung der tariflichen Zuschläge für die Ueberarbeit zu drücken. — Ein recht betrübendes Bild zeigte sich auch in unserem Bezirk in der Frage der Feuerungszulage. Hierbei wurde es jedem Bauarbeiter eingemurmert, daß er nur diejenige Lohnhöhe erhält, die er sich zu erkämpfen vermag. Der ablehnende Standpunkt des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe ist ja bekannt. In demselben Sinne verhielten sich die Ortsverbände. „Seht zu, wie ihr fertig werdet, was geht eure Notlage uns an?“ — das war die Haltung auf alle unsere Eingaben. Und trotzdem gelang es in Cöln, Solingen und Remscheid bei mehreren Einzelgeschäften, Zulagen von 30 Pf. pro Tag bis 3 M pro Woche durchzusetzen. Infolge der niederen Entlohnung im Baugewerbe nahmen viele Arbeit in den Fabriken. Dadurch trat Arbeitermangel ein, und um die Leute zu halten, mußte schon etwas getan werden. In Solingen wurde die Zulage sogar auf Beschluß des Ortsverbandes der Unternehmer entgegen dem ausdrücklichen Bunsche des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gefaßt. Mit dem Siegerländer Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hatte der Bezirksleiter wegen der Feuerungszulage einen ganz besonders scharfen Briefwechsel. Der Vorsitzende des Siegerländer Arbeitgeberverbandes war der irrigen Ansicht, es wären die Bauarbeiter nicht mehr in solcher Zahl organisiert, daß die Organisation das Recht habe, Anträge auf Zulagen zu stellen. Hieraus können die Unorganisierten ersehen, wie sie sich durch ihr unsozialistisches Verhalten selbst, dann aber auch alle anderen schädigen. Das unsoziale Verhalten unserer Bauunternehmer werden ihnen die Bauarbeiter so leicht nicht vergessen. — Die Kriegsunterstützung des Verbandes an die Kriegerfamilien hat eine wohlthuende Wirkung ausgelöst. Gewiß, es hat das, infolge der großen Anzahl, für den Verband große Summen ausgemacht. Die Kollegen würdigen diese Leistungen. Es kommt dieses in den Schreiben der Frauen und den Briefen der Mitglieder aus dem Felde zum Ausdruck. — Die Verbindung mit den Mitgliedern im Felde wird dadurch ziemlich aufrechterhalten, daß ihnen die „Baugewerkschaft“ periodisch zugesandt wird. Leider kommen viele Briefe als unbesellbar zurück, weil die Adressen häufig wechseln und die Kollegen die neue Adresse nicht sofort mitteilen. — Für die Kontrolle über die Zuneigung der Bauarbeiter schäbestimmungen konnte die notwendige Sorgfalt nicht verwandt werden. Dazu fehlte die Zeit. — Die Arbeit verurteilte die Auskunfterteilung in Aachen der Kriegsunterstützung, Hochschule, Kriegerfamilien-Angelegen-

halten ist. Soweit die Kollegen hofft die Frauen über das Resultat der diesbezüglichen Bemühungen berichteten, sind durch die Rechtschuherteilung des Bezirksleiters 2223 A gerettet worden. — Die Tätigkeit des Bezirksleiters war vielseitig. Außer den allgemeinen Verbandsarbeiten und der Rechtschuherteilung wurde vom Bezirksleiter die Kassenführung für die Verwaltungsstellen Remscheid und Siegen besorgt. — Wenn wir auch beim Rückblick auf das Berichtsjahr einen weiteren Mitgliederverlust zu verzeichnen haben, so braucht uns das nicht zu entmutigen. Der Stamm der Organisation bleibt hoch. Alle Verwaltungsstellen haben sich behauptet. Die lange Kriegszeit mit diesen Folgen ist eine beratige Belastungsprobe, die ohne Spuren nicht vorübergeht. — Allen Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten und den geschätzten Mitarbeiterinnen besten Dank für die treue Arbeit und die geleisteten Dienste. Für dieses besorgte Durchhalten in der Organisationsarbeit werden die hoffentlich recht bald heimkehrenden Sieger besonderen Dank wissen.  
 C. S. in, im April 1916.

Anton Lange, Bezirksleiter.

### Reichshilfe für solbatenreiche Familien

Im Reichsetat für 1918/14 hat der Reichstag erstmals eine größere Summe eingestellt zur Unterstützung solbatenreicher Familien. Im vorausgegangenem wie auch jetzt im laufenden Rechnungsjahr 1916/17 ist hierfür ein Betrag von 7,6 Millionen Mark vorgesehen. Der betreffende Statistitel lautet: Zur Aufwandsentschädigung an solche Familien, von denen Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder in der Marine als Unteroffiziere oder Gemeine eine Gesamtdienstzeit von mindestens sechs Jahren zurückgelegt haben, und zwar in Höhe von 240 M für jedes weitere Dienstjahr eines seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht genügenden Söhnes.

Diese Fassung läßt den Schluß zu, daß jeder einer Familie angehörige Sohn mit Militärdienstzeit bei der Zeitberechnung in Frage komme. Dies ist jedoch nicht der Fall. In der gültigen Bekanntmachung vom 26. März 1914 kommt nur die Dienstzeit der e h e l i c h e n oder der ehelich gesetzlich gleichgestellten Söhne zur Anrechnung. Entsprechend den Bestimmungen des § 1719 des Bürgerlichen Gesetzbuches erhält ein uneheliches Kind dadurch die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes, wenn sich Vater und Mutter desselben verheiratet. Auf Antrag seines Vaters kann auch gemäß § 1723b G.-B. die Staatsgewalt ein uneheliches Kind für ehelich erklären. Nicht legitimierte oder für ehelich erklärte uneheliche Kinder stehen den ehelichen auch dann nicht gleich, wenn ihnen der Ehemann der Mutter nach § 1708 BGB. den Namen erteilt hat. Diese Bestimmungen haben zu manchen Härten und abweisenden Bescheiden Anlaß gegeben. Deshalb und zur Vermeidung unnötiger Auseinandersetzungen besonders darauf hingewiesen.

In den weitesten Kreisen, da und dort auch bei den ausführenden Behörden, herrschen Zweifel darüber, ob die zum Heeresdienst eingezogenen jungen Leute unter 20 Jahren bei der Zeitberechnung für die Aufwandsentschädigung in Betracht kommen. Diese Frage ist zu bejahen. Nach der Wehrordnung beginnt die Wehrpflicht mit dem vollendeten 17. Lebensjahre, die Dienstpflicht in der Regel jedoch erst vom vollendeten 20. Lebensjahre. Von dieser Regel ist während des Krieges vielfach abgewichen worden. Nach den vom bayer. Staatsministerium des Innern gegebenen Ausführungsbestimmungen sind alle vor Erreichung des dienstpflichtigen Alters in das Reichsheer eingestellten als in Erfüllung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflicht zu betrachten. Ihre Kriegsdienstzeit ist daher auch bei der Frage der Aufwandsentschädigung allgemein als aktive Dienstzeit in Anrechnung zu bringen. Wehrpflichtige dagegen, die bereits im Frieden ausgemustert und dem Landsturm überwiesen, während des Krieges aber freiwillig ins Heer eingetreten oder dazu einberufen worden sind, kommen dabei nicht in Betracht.

Die Aufwandsentschädigung wird nur auf Verlangen gezahlt. Der Anspruch soll innerhalb vier Wochen nach Eintritt des Söhnes, dessen Dienstleistung beim Heer oder der Marine den Anspruch begründet, erhoben werden. Anspruch haben die Eltern oder der überlebende Elternteil. Als empfangsberechtigt für die Aufwandsentschädigung gilt im Zweifel der Vater. Sind Eltern nicht mehr vorhanden, so können auch Großeltern den Anspruch erheben, aber nur dann, wenn sie erwerbsunfähig und bis zum Zeitpunkt der Einstellung zum Heer von dem Eingestellten unterstützt worden sind.

Der Anspruch auf Aufwandsentschädigung ist bei der Gemeindebehörde des Ortes, in dem der berechtigte Elternteil wohnt, anzumelden. Die Gemeindebehörde hat den Anspruch zu prüfen und die Namen, Geburtszeit usw. der einzelnen Söhne aufzuführen. Die weitere Prüfung ist des Bezirksamtes, Landratsamt, jedoch die Kreisregierung und endlich des Ministeriums, als Behörde obliegend.


Für die Verzeilung der Aufwandsentschädigung wird ein Antragsbogen vom 20. A zugrunde gelegt. Die Forderungen sind bis zum 1. April und 1. Oktober jedes Jahres.

### Gerichtliches

sk. Unfall beim Bau einer Eisenbahnunterführung, Haftung des Unternehmers. Urteil des Reichsgerichts vom 9. März 1916. (Nachdruck, auch im Auszug, verboten.) Bei dem Umbau der Bahnanlagen in S. war auch eine im Zuge der Straße daselbst liegende Eisenbahnunterführung herzustellen. Um während der Arbeiten den Fußgängerverkehr aufrechtzuerhalten, war von dem Eisenbahnmeister ein hölzerner Steg angelegt. Als am 27. August 1913 die Firma K., Fabrik für Eisenkonstruktionen in R., die die Herstellung der Straßenüberführung übernommen hatte, mit der Anbringung der eisernen Brückenträger beschäftigt war, riss an dem bei der Arbeit benutzten Schwenkarm ein Führungseisen, und das an einer eisernen Kette hängende Trägerstück an das Geländer des Steges, das zerbrochen wurde. Hierbei fiel das Dienstmädchen S. auf das etwa sechs Meter tiefer liegende Eisenbahngleis herab und wurde erheblich verletzt. Die Arbeiten wurden von dem bei der Firma beschäftigten Monteur D. geleitet. Die R. forderte von der ausführenden Firma neben dem in einem besonderen Prozesse verklagten Eisenbahnmeister Schadenersatz. Von dem Landgericht in Elberfeld wurde der Klagenanspruch dem Grunde nach für berechtigt erklärt, das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Berufung, das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen. Aus der Begründung des Reichsgerichts: Die beklagte Firma wehret ein, sie habe annehmen dürfen, daß D. als zuverlässiger Monteur jede Gefährdung Dritter unterlassen werde, ferner, daß die Eisenbahnverwaltung die erforder-

liche Unternehmung verleiht die im Verkehr erforderliche Sorgfalt, wenn er bei gefährlichen Arbeiten abwartet, ob die Polizei einschreitet, obgleich er die vorhandenen Gefahren kennt oder bei Anwendung der nötigen Sorgfalt hätte erkennen müssen; er wird nicht entlastet, wenn die Polizei oder der Bauherr es unterlassen, ihrerseits einzuschreiten. (Mtenzeichen VI. 458/15, Wert des Streitgegenstandes in der Revisioninstanz: 16 000—18 000 M.)

sk. Recht des Reichsunfallversichererten, gegen Erstattung der Kosten das Gutachten eines bestimmten Arztes zu erhalten. Rekursentscheidung des Reichsversicherungsamtes. Gemäß § 1596 Reichsversicherungsordnung kann der Versicherte im Einspruchsverfahren gegen Hinterlegung einer den eventuell entstehenden Kosten entsprechenden Geldsumme das Gutachten eines von ihm bezeichneten Arztes verlangen. In einem Fall war nun das gewünschte Gutachten nicht von dem bezeichneten Arzt selber, sondern von dessen Vertreter abgegeben worden. Trotz Beschwerde war dieser Umstand von dem Versicherungsamt nicht beachtet worden. Auf den vom Kläger eingelegten Rekurs entschied das Reichsversicherungsamt wie folgt: Hatte der Kläger ausdrücklich die Anhörung des Professors Dr. W. beantragt und die Kosten hierfür hinterlegt, so mußte, wie es ja auch geschehen ist, Prof. Dr. W. um ein Gutachten ersucht werden. Das Versicherungsamt durfte sich aber dann auch nicht mit einem Gutachten begnügen, das von einem anderen Arzt abgegeben war, mag dieser auch der Vertreter des vom Kläger benannten Arztes gewesen sein. Denn § 1596 a. a. O. gibt dem Kläger das Recht, daß, wenn er die Kosten trägt, gerade der Arzt gehört wird, zu dem er Vertrauen hat. In diesem Recht ist der Kläger beschränkt worden. Das Verfahren selbst daher an einem wesentlichen Mangel, der die Aufhebung des angefochtenen Urteils und des Erbeseides und die Zurückverweisung der Sache an die Berufungsinstanz rechtfertigt. Dieser liegt es nunmehr ob, die ordnungsmäßige Durchführung des Einspruchsverfahrens zu veranlassen. (R.-Z. 1a 2011/14.)



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Heinrich Bgeholz,	Zahlstelle Lage (Bippe).
Franz Demme,	Zahlstelle Denna.
Bernhard Beckerhoff,	Zahlstelle Lingen (Ems).
Heinrich Zimmer,	Zahlstelle Daxlanden.
Hermann Weid,	Zahlstelle Döfelborn, Maurer.
Anton Bilget,	Zahlstelle Klötzingen.
Anton Schäfer,	Zahlstelle Minden i. W.
Karl Fischer aus Gausberge,	Zahlstelle Roschanowiz D/Schl.
Leo Rfonsel aus Rosenberg,	Zahlstelle Deuthen D/Schl., Zimmerer.
Stefan Janzen,	Zahlstelle Haren (Ems).
Joh. Gatlaga,	Zahlstelle Walzen.
Joh. Pöhr aus Rinschheim,	Zahlstelle Hettlingen.
Wilh. Reul aus Walderbach,	Zahlstelle Remscheid.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

lichen Sicherungsvorkehrungen treffen und die Polizei ihre Ausführung überwachen werde. Damit kann sie sich nicht entlasten. Daß ein Bauunternehmer alltägliche, regelmäßig vorkommende Arbeiten einem tüchtigen Polier oder Monteur überläßt, ist nicht zu beanstanden. Hier aber handelte es sich um die Bewegung sehr schwerer Träger in unmittelbarer Nähe eines dem Verkehr dienenden Steges, der durch irgendeinen Zufall gefährdet werden konnte, und diese Gefahr lag so nahe, daß D. sie sofort erkannte und die Menschen auf dem Stege mit dem Hinweis warnte, es könne ein Tau reißen, dann fielen alles herunter. Bei derartigen Arbeiten mußte die Beklagte dem Monteur genaue Anweisungen, namentlich auch nach der Richtung geben, wie der Verkehr gegen Gefahren zu sichern sei, und die Ausführung ihrer Anordnungen nachdrücklich überwachen, auf die Wichtigkeit des B. durfte sie sich nicht verlassen. Verfehlt ist auch die Berufung auf die von der Eisenbahnverwaltung zu erfordernde Sorgfalt. Man kann unterstellen, daß die Bahn, die sich in den Beträgen mit den Unternehmern weitgehende Kontrollrechte vorzubehalten pflegt, von ihren Delegierten regelmäßig auch nachgemessenen Gebrauch macht; aber hierdurch werden die der Beklagten als selbständiger Unternehmerin dem Publikum gegenüber obliegenden Verkehrspflichten nicht aufgehoben. Es ist nicht zutreffend, wenn sie meint, es sei lediglich Sache der Eisenbahnverwaltung gewesen, darüber zu urteilen, welche Sicherungsmassregeln erforderlich waren, vielmehr mußte die Beklagte, wenn sie nicht selbst das Könige veranlassen konnte, mit ihren Anträgen an die Bahnverwaltung herantreten. Daß die Arbeiten eilig gewesen sein mögen, ändert hieran nichts, es ist auch nicht abzusehen, inwiefern hierdurch die Sicherung des Fußgängerverkehrs vermindert worden wäre. Das Gesagte gilt auch für die Berufung der Beklagten auf das Eingreifen der Polizei.

### Bücherschau

Die „Deutsche Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, bringt im Maiheft folgende Abhandlungen: Dr. Ludwig Nieder: Adolf Wagner. — Direktor S. Jaeger: Englischer Imperialismus und russischer Jazismus im Kampf mit dem deutschen Kaiserthum. — Dr. Otto Müller: Die kath. Arbeitervereine. — Josef Joos: Spaltung in der Sozialdemokratie. — Franz Möhr: Das Recht des Personals in den gemeinnützigen Staatsbetrieben. — Hermann Vogelvang: Bergbehörde und Arbeiter. — Martin Fromm: Kriegserfahrungen in ländlichen Industriegebieten. — In der Rundschau schreibt Richard Martin über Kommunalpolitik, Heinrich Dieck über Sozialversicherung, Peter Schlad über Genossenschaftswesen, Johann Wehlm über Wohnungswesen. Auf der ersten Seite bringt die Zeitschrift das Bild des berühmten Nationalökonomten Adolf Wagner, der mit Abschluß des Wintersemesters in den Ruhestand getreten ist.

Ein Handbuch der praktischen Kriegsfürsorge ist im Christlichen Gewerkschaftsverlag, Köln, unter der Leitung v. v. v. erschienen. Preis: Im Buchhandel 1,25 M. Für die Mitglieder der christlichen Arbeiterorganisationen 0,60 M. Die von Heinrich Dieck, Leiter des Volksbureaus in M.-Glabbach, verfaßte Schrift behandelt unter Zugrundelegung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen alle Fragen der Kriegsfürsorge, wie: Kriegsfamilienunterstützung, Kriegswochenhilfe, Fürsorge für die heimkehrenden Kriegsbeschädigten, Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten und Krieger-Hinterbliebenen, Kriegsteilnehmer und Arbeiterversicherung, Ansprüche aus der Reichsversicherungsordnung, ferner die Kriegsfürsorge der Eisenbahnverwaltung. Beigefügte Anlagen enthalten noch allerlei Wissenswertes sowie Muster für Anträge, Eingaben usw. Das 184 Seiten umfassende „Handbuch“ bringt in bisher vollständigster Weise und übersichtlicher Anordnung alle auf die Kriegsfürsorge bezüglichen Verordnungen, Maßnahmen, Rathschläge und Empfehlungen und gibt gleichzeitig praktische Anleitungen für die zweckdienliche Anwendung und Ausnutzung der bestehenden Vorschriften. Allen, die mit diesen Fragen zu tun haben, wird die vorliegende Schrift ein willkommenes, sachkundiger und zuverlässiger Ratgeber sein.

## Gemeinnützige



## Deutsche Volksversicherung

des

### Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands